

12. Juni – Welttag gegen Kinderarbeit

14. Juni - 90. Geburtstag von Hermann Kant

22. Juni 1941 – vor 75 Jahren überfiel das faschistische Deutschland die Sowjetunion

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

6. Ausgabe / 26. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

08. Juni 2016

Wir freuen uns, dass ihr da seid!

Am letzten Maiwochenende dieses Jahres hatte die Landeshauptstadt viel Besuch. Tausende strömten in Richtung Magdeburger Messe. „Das große Hüpfen“ lockte viele auf die große Festwiese im Elbuenpark.

Aber nicht alle hatten die Hüpfburgen zum Ziel. Allein 580 Delegierte kamen zur Messe, um auf der 1. Tagung des 5. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE einen neuen Parteivorstand zu wählen und eine ganze Reihe von Anträgen – darunter drei Leitanträge – zu verabschieden. Dazu ein paar hundert Gäste und Teilnehmer/-innen mit beratender Stimme, die den interessanten Debatten zu einer sozialen Offensive, zur Solidarität mit Geflüchteten, zu weltweitem Frieden und gerechtem Handel, zum Kampf für Demokratie und gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft folgten.

Einer guten Tradition folgend, hatte die Vorsitzende des gastgebenden Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen-Anhalt die Begrüßung übernommen. „Wir freuen uns, dass ihr da seid“, hieß Birke Bull die



Anwesenden willkommen. „Es ist in der Tat der richtige Ort zum richtigen Zeitpunkt. Sachsen-Anhalt ist alles andere als langweilig.“

Alles andere als langweilig war dann auch der weitere Verlauf des Parteitages. In der Halle 2, dem Plenarsaal, wurde gewählt, geklatscht, gesungen. Vor allem aber gesprochen. Es gab viele kluge Diskussionsbeiträge. Daran konnte auch der Tortenanwurf auf Sahara Wagenknecht nichts ändern. Im Gegenteil. Ein Vertreter des Jugendverbandes [‘solid] brachte es auf den Punkt, als er den Angriff verurteilte und unter starkem Applaus feststellte: „Unsere Waffen der Auseinandersetzung sind Worte.“

Gegenüber – in der Halle 1 – gab es eine große Vielfalt an Ständen. Da präsentierten sich zum Beispiel unsere Bundestagsfraktion neben der Bundesgeschäftsstelle, Cuba Sí gegenüber der Bundesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen, die TAZ in unmittelbarer Nähe des Forums Demokratischer Sozialismus (fds).

weiter auf Seite -2-

Wir freuen uns...

Fortsetzung von Seite -1-



Die Landesverbände Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt stellten sich auf einem gemeinsamen Stand vor, der ganz viel zu bieten hatte. Um hier nur einiges zu nennen: Katja Kipping, Susanne Hennig-Wellsow und Jan Korte signierten ihre Bücher. Reißenden Absatz fanden „Frauenverstehere“-Plakate mit der Originalunterschrift von Wulf Gallert. Der begehrteste Preis am Glücksrad waren LINKE Holzgrillzangen



aus Thüringen. Lustige Sachsen-Anhalt-Buttons zum Selbermachen kamen auch ganz super an. Bei frisch zubereitetem Popcorn und einem Schluck aus einem sächsischen Sekt-Döschen mit dem Aufdruck „Lieber grenzenlos dicht als dichte Grenzen“ kamen viele Besucher mit uns ins (politische) Gespräch.

So ein Parteitag ist auch immer ein großer personeller Aufwand. Der Info-Punkt muss besetzt, Material entladen und verteilt, die Wahlkommission unterstützt werden. Ordnerinnen und Ordner, Zählerinnen und Zähler werden benötigt. Ein großes Dankeschön an die über 60 Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus dem Landesverband DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, die sich für diese Arbeiten ehrenamtlich zur Verfügung gestellt haben. Alles hat prima geklappt, und die Verantwortlichen der Bundespartei waren des Lobes voll über so viel solidarische Unterstützung.

Zum Schluss noch ein absoluter Höhepunkt: Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, nahm den Parteitag zum Anlass, um in DIE LINKE einzutreten. Das war eine große Freude und trug dazu bei, dass sich alle nach zwei Tagen zwar ziemlich geschafft, aber doch auch froh und beschwingt Richtung Heimat begaben. Der eine oder andere ist vielleicht sogar ein bisschen gehüpft.

Tatjana Behrend
Landesgeschäftsführerin

Grußwort von Birke Bull:

<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/aktuell/detail/zurueck/startseite/artikel/-5cf4d7ccce/>

Informationen zum Bundesparteitag:

<https://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/>



Dokumentiert

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Bundesgeschäftsführer
Kleine Alexanderstraße 28
10178 BERLIN

Halle, d. 18.05.16

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
In Vorbereitung auf den Bundesparteitag und angesichts der letzten Wahlergebnisse sehen wir mit Sorge, wie sich das Ansehen unserer Partei in der Öffentlichkeit gewandelt hat. Die Bürger haben uns als machtbewußte Partei in die Reihe der etablierten Parteien eingeordnet. Unsere wirklichen Ziele gingen dabei unter. Die folgenden Gedanken sollten deshalb in die Überlegungen zum künftigen Kurs unserer Partei einfließen.

Die PDS hatte zu Beginn das Problem, sich als demokratische wählbare Partei zu beweisen. Steigende Akzeptanz und zunehmende Wählerzahlen führten zur Übernahme von Regierungsverantwortung in mehreren Ländern (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin und Thüringen). Bei den dabei gebildeten Koalitionen wurden Kompromisse eingegangen, die der öffentlichen Wahrnehmung des Profils unserer Partei geschadet haben.

Das sollte uns jedoch nicht davon abhalten, auch künftig für Regierungsbeteiligungen bereit zu sein.

ABER:

- * Soziale Gerechtigkeit,
- * Aktive Friedenspolitik und
- * Internationale Solidarität

sind nach wie vor die Schwerpunkte unserer Politik. Das muss immer und überall als Kennzeichen unserer Partei erkennbar sein. Abstriche daran sind nicht hin zu nehmen!

Wenn man Begriffe und Argumente des politischen Mainstreams kritiklos übernimmt, nur um an die „Macht“ zu gelangen, gewinnen Wähler und Sympathisanten den Eindruck, dass künftig auch andere wesentliche Schwerpunkte unserer Politik (s.o.) beliebig verhandelbar seien.

WIE ALSO WEITER?

* In Zeiten des Neoliberalismus und der Globalisierung ist eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft in unserem Sinne nur möglich, wenn hinter einer linken Regierung ein machtvolleres mehrheitliches Votum der Wähler und eine starke außerparlamentarische Be-

wegung stehen.

* Auf absehbare Zeit ist in Deutschland Regierungsbeteiligung maximal auf Landesebene möglich, auf Bundesebene jedoch unrealistisch.

* Beteiligt man sich - dem Wählerwillen entsprechend - an möglich gewordenen Koalitionen, dann sind Kompromisse unausweichlich, die nur kleine Kurskorrekturen am ansonsten profitorientierten Trend der Politik erlauben. Es geht uns aber nicht um die Macht um jeden Preis, sondern um politische und soziale Veränderungen zum Wohle der Menschen in diesem Land. Das muss immer deutlich sein. Dennoch wird man dabei - ungewollt und auf Kosten des eigenen Profils - zum Helfer der Kapitalinteressen.

DESHALB:

Konstruktive Opposition muss angesichts der aktuellen Mehrheitsverhältnisse bei den Wählern der Schwerpunkt unserer Politik sein. In dieser Rolle haben wir in der Vergangenheit ohne Gesichtverlust viel anstoßen und bewirken können (Anti-Hartz 4, Mindestlohn, Rentenangleichung).

Regierungsbeteiligung ist eine mögliche Option – aber nicht um den Preis der Aufgabe unserer Grundsätze. Es gibt Haltelinien, deren Überschreiten unserer Glaubwürdigkeit schadet!

ERGÄNZEND:

möchten wir noch weitere Mängel in unserer bisherigen Strategie benennen:

* Auf allen Ebenen muss die Partei die Öffentlichkeit immer wieder hartnäckig daran erinnern, welche Reformvorschläge wir schon vor Jahren eingefordert hatten, die von den Etablierten mit z.T. haarsträubenden Argumenten abgeschmettert wurden. Angesichts des Scheiterns ihrer Politik beginnen die Regierenden nun ihre abgespeckten Reförmchen als eigene großen Erfolge zu verkaufen (siehe Nahles & Co. bei Mindestlohn, Rente, Leiharbeit usw.).

* Es reicht nicht, wenn Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei in Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften mitarbeiten oder an außerparlamentarischen Aktionen teilnehmen wie z.B. beim Anti-TTIP-Protest. Deutlicher als bisher muss in der Öffentlichkeit unsere aktive Unterstützung kenntlich gemacht werden z.B. durch Plakate, Transparente, Fahnen und vor allem durch eigene Aktionen. Hier bleibt noch viel zu tun!

* Die Sprache unserer Publikationen (Klar, Clara,

Flyer) muss kurz, klar und verständlich sein. Sie darf auch jugendgemäß sein, sollte aber den Tenor und die Begriffe der politischen Konkurrenz tunlichst meiden. * Forderungen der Rechten, die unseren ähnlich scheinen, sind als populistisch zu enttarnen, indem wir ihnen realisierbare Möglichkeiten entgegen setzen. Wir bitten Euch, diese unsere Überlegungen in die Vorbereitung zum Bundestag einfließen zu las-

sen und wünschen dafür viel Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen

Frigga Schlüter-Gerboth

Dr. Sigrid Lange

Dr. Christine Zarend

Dr. F. Werner Müller

Sprecherrat der Basisorganisationen Halle-Neustadt-Nord, -Süd und -West

Liebe Genossinnen und Genossen vom Sprecherrat der Basisorganisationen Halle-Neustadt -Nord, -Süd und -West,

habt vielen Dank für eure klugen Beobachtungen und solidarische Kritik. Der Parteivorstand hat sie am vergangenen Wochenende zur Kenntnis genommen. Große Zustimmung gibt es zu den von euch beschriebenen Schwerpunkten soziale Gerechtigkeit, aktive Friedenspolitik und internationale Solidarität. Das müssen weiterhin die Kernthemen unserer Partei sein. Ich sehe allerdings bei keinem der Mitglieder des Parteivorstandes die Gefahr, dass eine oder einer „Begriffe und Argumente des politischen Mainstreams kritiklos übernimmt, nur um an die „Macht“ zu gelangen“, wie ihr schreibt.

Eurer Beschreibung des Weges der PDS von der Ausgrenzung über die Regierungsbeteiligungen zur heutigen Anerkennung als etablierte Partei möchte ich einen Gedanken hinzufügen: Ich bin sehr froh und auch stolz darauf, dass unsere Partei sich aus der Stigmatisierung Anfang der 90er Jahre herausgearbeitet hat, dass sie keine Schmuddelpartei mehr ist, mit der man die Zusammenarbeit verweigern kann. Doch der Preis für diese Anerkennung ist, dass wir eben auch als

„normaler“ gelten und als eine Partei unter anderen angesehen werden. Viele, die Politik per se als schmutziges Geschäft ansehen, stecken uns mit in einen Sack. Ihr gebt ja einige gute Hinweise, wie mit dem Dilemma umzugehen ist. Z.B. die Orientierung auf eine breite außerparlamentarische Bewegung versuchen wir mit der Kampagne „Das muss drin sein!“, mit der Unterstützung der Arbeitskämpfe im Gesundheitsbereich, mit der Beteiligung an den Anti-TTIP-Protesten und mit der Teilnahme an antifaschistischen und anti-rassistischen Aktivitäten zu realisieren.

Eurer Aufzählung von Mängeln will ich nicht widersprechen: Ja, unsere Öffentlichkeitsarbeit kann an vielen Stellen verbessert werden - daran arbeiten wir. Nun hoffe ich, dass auch unser Parteitag am Wochenende in diesem Sinne ein überzeugendes Zeichen zu unseren wichtigen Aufgaben setzt.

Mit solidarischen Grüßen

Claudia Gohde

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

E i n l a d u n g

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,
wie bei unserer letzten Zusammenkunft am 11. Mai beschlossen, findet unser nächstes Treffen am **8. Juni ab 16 Uhr im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44 statt.**

Genosse **Dr. Achim Bittrich**, Landesschatzmeister der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt, wird vom Magdeburger Bundestag berichten, seine Eindrücke als Delegierter schildern und mit uns Aufgaben in Vorbereitung der Bundestagswahlen 2017 diskutieren.

Gäste sind herzlich willkommen!

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

DIE LINKE Saalekreis

Leitergasse 4

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

04.06.2016

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 23.06.2016

Präsidentenwahlen in den USA

Der Blick gen Westen – die USA wählt einen neuen Präsidenten

Die Vorwahlen zu den 45. Präsidentenwahlen in den USA sind vorüber. Bei den Demokraten konnte sich Hillary Clinton mit 2.239 Stimmen von Delegierten durchsetzen und hält somit an ihrer Kandidatur als Präsidentin fest. Weiterhin im Rennen, aber aussichtslos, ist Bernie Sanders, der den Ruf hat, noch weiter links als Clinton zu stehen.

Bei den Republikanern überrascht Donald Trump mit 1.108 Stimmen. Seinen letzten Kontrahent Ted Cruz warf nach seiner Niederlage in Indiana das Handtuch und überlässt damit dem Immobiliencycoon und Multimilliardär die Präsidentenwahlkandidatur.

Die Frau mit dem „Killerinstinkt“

Bereits während ihrer Zeit als First Lady im Weißen Haus unterstellte man Hillary Clinton, sie würde kräftig weiter an ihrer Karriere basteln, allen Affären zum Trotz. Sie sei es auch gewesen, die Bill überhaupt ins Weiße Haus gebracht habe. Wegen ihres einzigartigen Instinktes, potentielle politische Gegner auszumachen und zu bekämpfen, wurde sie von ihrem Mann oftmals konsultiert. Und Bill parierte. Als First Lady war sie in viele politische Themen involviert und so ausgebremst wie ihre Karriere schien, war Hillary niemals gewesen.

Ihren ersten Angriff auf das Präsidentenamt nahm sich Hillary Clinton 2008 vor. Dort musste sie sich gegen den jungen und noch unbekannteren Barack Obama geschlagen geben, der sie jedoch dennoch ins Weiße Haus einlud und sie innerhalb der Regierung zur Außenministerin während seiner ersten Amtszeit machte. 2016 greift sie wieder an und ihre Chancen stehen diesmal nicht schlecht, denn so charismatisch wie einstmals Obama ist ihr Kontrahent und Republikaner Trump auf keinen Fall.

Der Anti-Politiker

Er ist 69, sieht sich als selfmade-Milliardär und spricht, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Dabei beruht seine einfache Sprache in keiner Art auf mangelnder Intelligenz. Er selbst will beim „einfachen Wähler“ ankommen und deshalb verwendet er einfache, kurze Sätze mit simplen Botschaften. Dass er dabei auf einem Niveau eines Grundschülers spricht, wie ihn seine Kritiker boshaft angreifen, stört ihn nicht.

Trump hat außerdem für alles eine Lösung. „Wir müssen eine Mauer bauen, um illegale Flüchtlinge draußen zu halten.“ Und auch im Kampf gegen Drogen hilft seine Mauer, denn „dann werden die Drogen aufhören, herein zu strömen“. Problem gelöst.

Seine Meinung Ausländern gegenüber ist auch kurz und knapp: Latinos sind „Vergewaltiger“ und Muslime „potentielle Terroristen“. Um die Terrorgefahr in den USA kurz zu halten empfiehlt Trump kurzerhand ein Einreiseverbot für Muslime ohne US-Staatsangehörigkeit. Während Kritiker Trumps Äußerungen rechtspopulistisch einordnen, ist er einfach der Meinung, nicht politisch korrekt zu sein. Das würde Zeit kosten, die er nicht habe.

Betrachtet man beide Kandidaten, so stellt sich mit einem gesunden Menschenverstand nicht die Frage, wie Amerika wählen wird. Allerdings folgt laut der Geschichte der Präsidenten auf der Kandidatur eines Demokraten immer ein Republikaner (bis auf ein einziges Mal). Und so abwegig ist die Wahl von Trump nicht, betrachtet man unser eigenes Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl. Die AfD hat uns gezeigt, dass man mit einfachen Mitteln durchaus Wählerstimmen gewinnen kann.

Daniela Müller

stellvertretende Vorsitzende Kreisvorstand Saalekreis
DIE LINKE Landsberg

Termine mit Petra Sitte, MdB

**13.06.2016 — 16:00 bis 18:00 Uhr,
EinwohnerInnensprechstunde im Neustädter Büro (mit Hendik Lange)**

25.06.2016 — ab 11:00 Uhr, Stadtteilgespräch in Halle-Neustadt, der Ort wird noch bekannt gegeben

Der Gesprächskreis Gesellschaftskonzeptionen (GkGk) trifft sich am 15. Juni um 17:00 Uhr im LiLa zur Diskussion über das Thema: Die Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite bei TTIP.

Klausurtagung des Kreisvorstandes Saalekreis

Am 21. Mai traf sich der Kreisvorstand Saalekreis bei schönstem Wetter in dem lauschigen Örtchen Branderoda. Wären wir nicht zum Arbeiten nach Branderoda gekommen, hätte man sich durchaus wie im Urlaub fühlen können. Aber das war an diesem Tag nicht unser Ansinnen.

Pünktlich 9:30 Uhr begann Alexander Sorge, der Vorsitzende des KV Saalekreis, seine Begrüßung der Teilnehmer an der Klausurtagung. Nebst sechs Vorstandmitgliedern durfte er zwei Gäste begrüßen, die mit uns kräftig mitdiskutierten und den Blick auf die Interessen der Mitglieder freigaben.

Thematisch wurden drei Hauptdiskussionen geführt: zum einen die Auswertung der Wahlbeteiligung und der Anteil der Linken-Wähler in den einzelnen Ortschaften des Saalekreis. Angelika Hunger hat sich im Vorfeld zur Klausurtagung mit allerlei Zahlenmaterial und Auswertungen beschäftigt, die sie den restlichen Kreisvorstandmitgliedern nun erläuterte. Zum anderen wurde die politische Bildung der Mitglieder im Saalekreis erörtert und wir durften feststellen, dass wir dort ausreichend Potential einzusetzen haben. Dieser Bereich liegt bislang brach, aber wir wollen das umgehend ändern. Die rege Diskussion mit Ideen und Anregungen schlossen wir mit der Festlegung eines ersten Termins zur politischen Bildung. Den 17. September dürfen sich Interessierte bereits gern im Kalender vormerken. Inhaltlich wollen wir an diesem Tag mit Fachdozenten das Thema Energie beleuchten.

Ein weiteres Thema unserer Klausurtagung betraf Marketing und die Kommunikation. Alexander Sorge präsentierte in einem knackigen Vortrag unseren Istzustand und bot Raum für Diskussionen mit Maßnahmen für die Zukunft.

Gegen 15 Uhr verließen alle Teilnehmer glücklich und mit allerhand Aufgaben den Tagungsort. Wir haben Arbeitsgruppen für die einzelnen Themenbereiche gebildet und werden innerhalb dieser Expertengruppen sicher schnell Ergebnisse einfahren können. Wir halten euch weiter auf dem Laufenden.

Daniela Müller
stellvertretende Vorsitzende Kreisvorstand Saalekreis
DIE LINKE Landsberg

Senioren-Cafe' am 29. Juni 2016:

Spaziergang über den Stadtgottesacker mit Führung durch Genossin Dr. Christine Zarend
Treff 14:30 Uhr Haupteingang, Gottesackerstr.7

Vorschau Juli:

Senioren-Cafe' am 27.07.16

ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:
Gespräch mit Genossin Roswitha Stolfa über Wendeerfahrungen und Landtagsarbeit

30. Welthumanistentag am 21.06.2016

Der 21. Juni wurde auf einer Konferenz der Internationalen und Ethischen Union 1986 zum offiziellen Feiertag für diejenigen Menschen ausgerufen, die ihr Leben ohne religiöse Orientierung und auf der Grundlage einer humanistischen Kultur und Lebensweise führen. Den Tag der Sommersonnenwende, der ein astronomisches Ereignis markiert, nutzen konfessionsfreie Menschen, Humanistinnen und Humanisten, um sich auf ihre Überzeugungen, Werte und Einstellungen zu besinnen und um gemeinsam diesen Tag zu feiern. An diesem Feiertag soll an die zentralen Werte, Ideen und Prinzipien einer humanistischen Lebensweise erinnert werden: vernunftorientiertes und rationales Denken, Selbstbestimmtheit, Toleranz und engagierte Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, Solidarität und Verantwortung für den Mitmenschen, die sozialen Beziehungen und die Natur. Gerade weil diese humanistischen Werte angesichts des neoliberalen Diskurses und der Demontage demokratischer Grundrechte, des Aufkommens neuer religiöser Vorstellungen heute keine Selbstverständlichkeit sind, bietet dieser Tag Humanistinnen und Humanisten die Möglichkeit, sich den Errungenschaften ihrer gemeinsamen Arbeit zu vergewissern und einer Feier zu widmen.

Die Humanistinnen und Humanisten des im Jahr 2000 gegründeten Humanistischen Regionalverbandes Halle-Saalekreis e.V., die sich in der weltweiten humanistischen Tradition verankert sehen, werden am 21. Juni 2016 auf dem Markt in Halle ihr praktisches Engagement für eine humanistische Kultur und Lebensweise vorstellen, um sie auch anderen Menschen als alternative Lebensweise anbieten zu können. Der Stadtverband DIE LINKE.Halle (Saale) wird mit einem Stand auf dem Markt vertreten sein.

Aus der Stadtratssitzung am 25.05.2016

Wir haben ein Wirtschaftskonzept! Seit etwa 1 ½ Jahren wird am Wirtschaftskonzept der Stadt Halle (Saale) gearbeitet. Dem Beschluss vorangegangen sind unzählige Anträge, verschiedene Varianten etc. Mit dem Wirtschaftskonzept soll die wirtschaftliche und soziale Lage in der Stadt Halle (Saale) verbessert werden. Für unsere Fraktion war u.a. wichtig, dass die Gefahren der Beschäftigung im Niedriglohnsektor in diesem Konzept dargestellt werden. Auch die Problematik der Diskrepanz zwischen Ausbildungsprofil und Arbeitsplatzangebot sollte deutlicher dargestellt werden – so die Inhalte für unsere Anträge. Beschlossen wurden verschiedene Bebauungspläne, so z.B. zu einem Lebensmittelmarkt in der Akeleistraße oder auch zur Fluthilfemaßnahme „Am Tagebau“.

Wieder vertagt wurde das Sportprogramm der Stadt Halle. Es wird noch in den Ausschüssen diskutiert. Die „Zweite Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale)“ ging auch ohne größere Diskussion „über die Bühne“, auch die Festlegung von Schulbezirken für Grund- und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale). Mit dieser Vorlage ist straßengenau festgelegt, wie sich der Einzugsbereich der einzelnen Grundschulen zusammensetzt. Diskussionen gab es noch einmal zum Antrag aller Fraktionen zur „Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis“. Hintergrund dieses Antrages ist die Tatsache, dass die Vergabe der Leistungserbringung im Rettungsdienst Halle/Nördlicher Saalekreis im Jahr 2016 ansteht. Nach Änderungen europäischer Rechtsprechung und der letzten Novelle des Rettungsdienstes sind bei einer erneuten Vergabe Konzessionen im Rahmen eines

europaweiten Vergabeverfahrens zu vergeben. Die Sorge, dass besonders preiswerte, private Dienstleistungsunternehmen eine solche Ausschreibung „gewinnen“ könnten, wird bei den Rettungsdienstmitarbeitern größer. Im erwähnten Antrag wird u.a. auch die Prüfung der Möglichkeit der eigenen Leistungserbringung durch einen Eigenbetrieb neben der Leistungserbringung durch Konzessionen anderer Leistungserbringer gefordert. Zur Stadtratssitzung im November 2016 soll das Prüfergebnis unter Abwägung beider Varianten zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses vorgelegt werden.

Unser Antrag, ein Konzept für „Patenschaften für Bänke in der Stadt Halle (Saale)“ (ähnlich dem Konzept der Baumpatenschaften) zu entwickeln, wurde angenommen.

Der Antrag zur Einrichtung eines Trinkbrunnens auf dem halleschen Markt wurde dagegen zunächst einmal in die Ausschüsse verwiesen, um dort weiter zu diskutieren. Auch der Antrag unserer Fraktion zur Erstellung eines barrierefreien Internetauftritts der Stadtverwaltung wurde verwiesen.

Eine Vielzahl von schriftlichen Anfragen wurden durch uns in der letzten Stadtratssitzung gestellt. Sie bezogen sich u.a. auf den Bürgerhaushalt, zu barrierefreien Internetseiten, zum Personalbedarf in der Stadtverwaltung. Die entsprechenden Antworten liegen uns vor.

Die Anfragen zur Würdigung des 500. Reformationsjubiläums 2017 in der Stadt Halle (Saale) und die Anfrage zu Mietergärten in Halle-Neustadt, der Silberhöhe und Heide-Nord, werden erst zur nächsten Stadtratssitzung beantwortet.

Ute Haupt, Stadträtin

Wir trauern um den Genossen

Fritz Schuhart

Er wird uns in dankbarer Erinnerung bleiben.

DIE LINKE. Halle (Saale)

Wir trauern um den Genossen

Karl Heinz Petzsch

Er wird uns in dankbarer Erinnerung bleiben.

DIE LINKE. Halle (Saale)

Nachruf

Ein Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen.

Unser Genosse

Herbert Günzel

-Vorsitzender der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde e. V. OV Halle- ist wenige Wochen vor seinem 85. Geburtstag am 13. Mai 2016 verstorben.

Der GBM e. V. und die Partei DIE LINKE werden ihn als stets einsatzbereiten Genossen in dankbarer Erinnerung behalten.

In Berlin und (H)alle dabei

Der Gesetzentwurf zum Rechtsvereinfachungsgesetz verspricht nicht nur die Verlängerung des Bewilligungszeitraumes für Leistungen der Grundsicherung. Auch vorläufige Entscheidungen des Jobcenters müssen zukünftig die Bedarfsdeckung sicherstellen. Für Auszubildende soll es möglich werden, Hartz-IV-Leistungen parallel zu ihrer Ausbildungsförderung/-vergütung aufstockend zu beziehen. Es wird dann mit dem Hartz-IV-Satz verrechnet. Auch wenn kein Anspruch auf Ausbildungsförderung besteht, soll ALG II beantragt werden können. Die Kosten der Unterkunft sollen zukünftig von Sanktionen ausgenommen sein. Das klingt ja alles gar nicht so schlecht. Die Arbeit der Jobcentermitarbeiter/-innen soll dadurch erleichtert werden. Leistungsbeziehende sollen schneller und einfacher zu ihrem Recht kommen. Aber Moment einmal! Bei näherer Betrachtung der Vorlage fallen doch zahlreiche Verschlechterungen für Leistungsbeziehende auf und das Rechtsvereinfachungsgesetz entpuppt sich als ein Rechtsverschärfungsgesetz. Am 30. Mai 2016 gab es dazu eine Anhörung im Deutschen Bundestag.

Schauen wir mal genauer hin: Jobcenter können nach dem neuen Gesetz nun Hartz-IV-Leistungen versagen, wenn die Leistungsempfangenden im Falle einer geplanten Zwangsverrentung nicht die geforderten Unterlagen aufbringen und somit ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachkommen. Verfrüht in Rente geschickt zu werden, bedeuten für die Betroffenen massive Abstriche in der Rentenleistung. Altersarmut ist somit unumgänglich.

Ein-Euro-Jobs durften bisher nicht länger als 24 Monate ausgeübt werden. Jetzt sollen sie ohne Probleme immer wieder verlängert werden können. So wird sich eine bessere Eingliederung von Langzeitarbeitslosen erhofft. Doch eigentlich fallen sie dann nur länger aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik raus. Spürbar bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben sie dadurch eher nicht.

Und wo bleibt die Vereinfachung bei Familien, die getrennt leben?

„Rechtsvereinfachung nennt es die große Koalition, wenn Müttern mit Hartz IV der Lebensunterhalt für ihre Kinder gekürzt wird, weil das Kind ein paar Tage beim umgangsberechtigten Vater ist, der kein Hartz IV bezieht.“ (Katja Kipping, Homepage).

Eltern müssen also nun genau Buch darüber führen,

wann ihre Kinder beim anderen Elternteil sind, damit ihnen diese Tage vom Regelsatz abgezogen werden können. Denn wenn sie ihr Kind nicht täglich bei sich haben, benötigen sie auch nicht den vollen Zuschlag – nach Meinung der Großen Koalition. Das ist eine unmenschliche Regelung, die Kinder zu einer Währung degradiert und getrennt lebenden Eltern die ohnehin meist schwierige Situation nur noch schwieriger macht. Vollkommen außer Acht gelassen wird dabei, dass nicht jedes in Trennung lebende Elternpaar einen harmonischen Umgang miteinander pflegt, was hier aber wohl blauäugig vorausgesetzt wird. Das bedeutet, dass Kinder nicht nur als Währung, sondern auch verstärkt als Spielball ihrer ohnehin schon zerrissenen Situation behandelt werden können.

Auch die Verdi hat sich mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt und festgestellt, dass zukünftig der Freibetrag für Aufwandsentschädigungen aus ehrenamtlichen Tätigkeiten von 200 Euro an die tatsächliche Höhe der Aufwandsentschädigung angepasst wird. Ursprünglich verhielt es sich so: Wer neben seiner Erwerbstätigkeit eine Aufwandsentschädigung aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit bezog, sollte eigentlich einen pauschalen Freibetrag von 200 Euro für Einkommen und Aufwandsentschädigung erhalten; auch wenn die Entschädigungshöhe unter 200 Euro liegt. Nach der neuen Regelung werden Einkünfte aus Ehrenämtern in ihrer tatsächlichen Höhe freigestellt. Die Pauschale entfällt also. Damit erhöht sich das anzurechnende Einkommen aus der Erwerbstätigkeit und der Leistungsanspruch sinkt.

Ein Beispiel: Eine junge Frau hat einen 450 Euro-Job und stockt mit Hartz IV auf. Sie engagiert sich ehrenamtlich und bekommt dafür eine Aufwandsentschädigung von 100 Euro im Monat. Monatlich verdient sie sich also 550 Euro zu Hartz IV dazu. Laut der alten Hartz-Regelung waren ihr von dieser Summe 300 Euro sicher. Warum? Wegen der 200 Euro-Pauschale für ehrenamtliche Tätigkeiten mit Aufwandsentschädigung und wegen des Freibetrags von 100 Euro, den sie für ihre Erwerbstätigkeit regulär bekommt. Die restlichen 250 Euro wurden mit dem Regelsatz verrechnet und ihr Leistungsbezug entsprechend verringert. Nach der neuen Regelung sind ihr nur noch 200 Euro sicher (100 Euro Ehrenamtspauschale + 100 Euro Freibetrag auf Erwerbseinkommen). Es werden nun 350 Euro mit dem Regelsatz verrechnet und ihr

Leistungsanspruch sinkt deutlich ab, obwohl sich ihre finanzielle Lage eigentlich nicht verbessert hat. Das Ärgerliche ist, dass die neue Regelung bereits seit Jahren von Jobcentern betrieben wird, obwohl es bisher so nicht festgeschrieben war. Leistungsbeziehende, die sich ehrenamtlich engagieren, werden also noch dafür abgestraft. Dabei will der Staat doch eigentlich seine Bürger/-innen dazu motivieren sich ehrenamtlich zu engagieren. Mit der ursprünglichen Ehrenamtspauschale wäre der Anreiz dazu deutlich höher gewesen.

„Besonders empörend ist doch Folgendes: Selbst innerhalb der strengen Gesetzeslage werden fehlerhafte Sanktionen verhängt. Bei 36 Prozent aller Widersprüche, bei 40 Prozent aller Klagen bekommt der Kläger ganz oder teilweise recht. Das heißt also, auch bei den Sanktionen gilt: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.“ (Katja Kipping, Homepage).

DIE LINKE sieht keine spürbaren Erleichterungen bzw. Vereinfachungen. Im Gegenteil. Die Situation der Leistungsbeziehenden wird durch die neue Gesetzeslage noch verschärft. Das Hartz-IV-System ist und bleibt unmenschlich und zwingt die Menschen in Armut, statt ihnen tatsächlich zu helfen.

Wir fordern daher nicht ohne Grund die Abschaffung des Hartz-IV-Systems. Wir wollen eine sanktionsfreie Mindestsicherung und eine Mindestrente – jeweils in Höhe von 1050 Euro. Wir wollen ein würdevolles Leben für alle in Deutschland lebenden Menschen und keine Sanktionspeitsche für Menschen, die auf soziale Unterstützung angewiesen sind. Jeder Cent zählt, wenn es um die eigene Existenz geht.

(Weiterführende) Quellen:

<http://linksfraktion.de/nachrichten/rechtsverschaeftigung-betroffene-mehrbelastungsbeschaeftigte/>

<https://www.bundestag.de/presse/hib/201604/-/418326>

<http://www.mz-web.de/politik/hartz-iv-geplantes-gesetz-foerdert-zwangsverrentung-und-ein-euro-jobs-24067658>

<https://sat.verdi.de/++file++5469e032ba949b45c9001e1a/download/GeplanteRechtsvereinfachungHartzIV.pdf>

<http://www.diakonie.de/sgb-ii-die-rechtsvereinfachung-muss-die-menschen-in-den-blick-15106.html>

<http://www.katja-kipping.de/de/article/1079.weiter-rechtsversch%C3%A4rfung-mit-der-rechtsvereinfachung.html>

<http://www.katja-kipping.de/de/topic/20.thema.html?tag=Hartz+IV>

<http://www.katja-kipping.de/de/article/1065.hintergrundpapier-zur-rechtsversch%C3%A4rfung-bei-hartz-iv.html>

<http://www.katja-kipping.de/de/article/1074.sanktionen-sind-politisches-mittelalter.html>

Unsere Abgeordneten
in den Ausschüssen



Eva von Angern (Rechts- und Gleichstellungspolitik, LSBTTI)

Christina Buchheim (Kommunalpolitik und Petitionen)

Birke Bull (Bildungspolitik, Bereich Grundsatzfragen Schulpolitik und Inklusion, Erwachsenenbildung)

Kerstin Eisenreich (Energie- und Wohnungspolitik, Verbraucherschutz, Landes- und Stadtentwicklung)

Wulf Gallert (Europa- und Tourismuspolitik, internationale Zusammenarbeit, Religionsgemeinschaften)

Stefan Gebhardt (Kultur- und Medienpolitik)

Kristin Heiß (Haushaltspolitik, Verwaltungsmodernisierung, Jugendpolitik)

Doreen Hildebrandt (Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik, Verkehrspolitik)

Monika Hohmann (Sozial-, Kinder-, Familien- und Seniorenpolitik)

Matthias Höhn (Datenschutz und Polizeipersonal)

Andreas Höppner (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Forstpolitik, Gewerkschaftspolitik)

Sven Knöchel (Finanzpolitik)

Hendrik Lange (Hochschul-, Wissenschafts- und Technologiepolitik, Netzpolitik, Umweltpolitik)

Thomas Lippmann (Bildungspolitik, Bereich Personal, Schulstruktur, Schulnetzentwicklung, Schulen in freier Trägerschaft, Sportpolitik)

Henriette Quade (Innen-, Migrations- und Asylpolitik, Strategien gegen Rechts)

Dagmar Zoschke (Sozial- und Gesundheitspolitik, Politik für Menschen mit Behinderungen)

Einladung Ortsverband DIE LINKE Halle-Mitte

Liebe Genoss*innen
der Sprecher*innenrat des Ortsverbandes Mitte lädt
recht herzlich zum nächsten Treffen am
Dienstag, dem 21. Juni, 18 Uhr im „Linken Laden
(Leitergasse 4) ein.

In Europa schreiten nationalistische und konservative
Bewegungen und Parteien voran, in den USA aber
kämpft ein selbsterklärter Sozialist um den Einzug in
das Weiße Haus. Auf Bernie Sanders ruhen die
Hoffnungen vieler junger, aber auch vieler abgehäng-
ter Menschen, das wird unser Thema sein.

Zeitlich soll der Abend wie folgt ablaufen:

18:00 bis 18:15 Begrüßung und Informationen aus
dem Ortsverband

18:15 bis 19:30 Vortrag und Diskussion: Der US-
Vorwahlkampf, Bernie Sanders und die Linke in den
USA - mit Loren Balhorn (DIE LINKE Berlin)

19:30 bis 19:35 kleine Pause

19:35 bis 20:00 Schlussfolgerungen für die Arbeit vor
Ort/Sonstiges

Um besser planen zu können, würden wir uns sehr
über Rückmeldungen freuen. Schreibt uns dazu bitte
eine E-Mail an OV.Mitte@dieLinke-halle.de oder
sagt im LiLa bescheid. Solltet Ihr eine Kinderbetreu-
ung benötigen, wendet Euch bitte ebenfalls an uns.
Zu erreichen ist der „Linke Laden“ wie gewohnt mit
den Straßenbahnlinien 1,3,7 und 8, Haltestelle Moritz-
burgring oder Hermannstraße.

Euer Sprecher*innenrat
(Anika, Bartłomiej, Dirk, Sarah und Vincent)

P.S.: Wie im letzten Brief, wollen wir Euch über den
nächsten Stammtisch informieren: Am 13. Juli, 18:30
Uhr werden wir uns in der Goldenen Rose (Rannische
Straße 19) treffen (und dann immer weiter jeden
zweiten Mittwoch (alle zwei Monate)) und in lockerer
Atmosphäre und ohne konkrete Ausgestaltung disku-
tieren und gemütlich Zeit verbringen. Des Weiteren
sind alle, die Interesse haben, herzlich eingeladen an
den Sitzungen des Sprecher*innenrates teilzunehmen
um Vorschläge für Sitzungen bzw. Veranstaltungen
einzubringen. Wir treffen uns immer am zweiten Don-
nerstag im Monat (09. Juni) ab 17 Uhr im Kaffee-
schuppen in der Kleinen Ulrichstraße.

Die Basisorganisation Halle-Nord
lädte in:

Auswertung des Bundesparteitages

am 15. Juni 2016, 16 Uhr im

"Linken Laden"

Als Gast: Genn. **Marianne Böttcher**,
Stadtvorsitzende Die Linke.

**Wir gratulieren allen Genossinnen
und Genossen, die im Monat
Juni Geburtstag haben.**



freifunk-halle.org

Freifunk – Kostenloses WLAN für alle?!

Wann? 14.06.2016, 18:00 Uhr

**Wo? Linker Laden, Leitergasse 4, 06110
Halle (Saale)**

Freies WLAN unverschlüsselt, kostenlos und
barrierefrei für alle. Geht das wirklich?

Ja. Die Freifunker kommen in den Linken Laden
und erklären, was ihr machen müsst, um freies
WLAN für euch und andere zur Verfügung
stellen zu können.

Freifunk über sich selbst:

Freifunk ist ein technisches und soziales Projekt,
welches mittels handelsüblicher WLAN-Techno-
logie Nachbarn verbindet und Menschen nä-
her bringt.

Es lebt vom Mitmachen und Nachbarschaftshil-
fe. Freifunk bietet eine Plattform für freien Da-
tenaustausch und ist ein unzensuriertes Kommuni-
kationsnetz.

152 Tausend Erwerbslose in Sachsen-Anhalt

Zeit zu handeln statt zu tricksen

Schlechte Meldungen kann die Bundesregierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Viele der Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Im Juni 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Dazu sagte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni 2009 in der Fernsehsendung Panorama: „Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann. Wer anders rechnen wolle, könne ja „seine Zahl veröffentlichen - und dazu ein Flugblatt drucken.“ Das tun wir gern. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Mai 2016 sind tatsächlich immer noch 152 Tausend Menschen in Sachsen Anhalt erwerbslos. **Zeit zu handeln statt zu tricksen.**

Offizielle Arbeitslosigkeit im Mai 2016	110.795
Nicht gezählte Arbeitslose verbergen sich hinter:	
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II	10.621
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	8.916
Förderung von Arbeitsverhältnissen	143
Fremdförderung	3.207
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	1.043
berufliche Weiterbildung	6.486
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte)	7.443
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	83
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	3.133
Nicht gezählte Arbeitslose gesamt	41.075
Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Mai 2016	151.870

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitslosigkeit und Grundsicherung für Arbeitsuchende. Sachsen Anhalt, Mai 2016, Seite 9. Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt.



24. Juni 2016 // 14–22 Uhr

vor und im Linken Laden,
Leitergasse 4, Halle

Sommerfest

- Livemusik (mixtAPES)
- Clowni Toni und Clowni Trici
- Kinderhüpfburg
- Kinderprogramm
- Stadtführung
- Quiz (mit tollen Preisen, z.B. zwei Fahrten in den Deutschen Bundestag)
- Gesprächsrunden mit Abgeordneten
- Buchlesung
- Kaffee und Kuchen
- u.v.m.

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)